

DAS GLOBALE KAPITAL:

NEUE NEUER BILDUNG WIDERSTAND

VON RALF HOFFROGGE

Seit einigen Wochen ist es raus: mit höchstrichterlicher Weisheit haben die Karlsruher Herren entschieden, daß ein Studiengebührenverbot unvereinbar mit dem Grundgesetz ist. Nun drohen den deutschen Studierenden »mittelfristig« bis zu 2500 Euro Studiengebühren pro Jahr (Prognose des DIW), und erste Rufe nach Protesten werden laut. Damit dieser notwendige Widerstand nicht zu kurz greift und zur Enttäuschung wird, müssen wir die politischen Zusammenhänge dieser Entwicklung aufdecken, um sie wirksam angreifen zu können.

Schöpferische Zerstörung der Bildung

Vergangene Proteste beklagten vor allem, daß den Studierenden etwas weggenommen wurde, ihre kostenlose Bildung nämlich, und daß etwas zerstört würde, die Universität. Das ist jedoch nur die eine Seite, übersehen wurde der überaus schöpferische Charakter dieser Zerstörungen. Was momentan zerstört wird, ist die staatlich bereitgestellte und relativ öffentliche Bildung. Was entsteht, ist die Bildung als Ware. Diese Bildungsware soll von konkurrierenden Universitätsunternehmen auf einem Bildungsmarkt angeboten und von studentischen KundInnen bezahlt und konsumiert werden.

Sah man in den 70ern die Investitionen in den Hochschulbau noch als staatliches Konjunkturprogramm an, so gelten die Universitäten in den 80ern hauptsächlich als Einsparpotential zum Stopfen von Haushaltslöchern. Diese Phase des »Kaputtsparens« ist jedoch mittlerweile fast abgeschlossen und hat als Nebeneffekt auch die konservativsten Verteidiger der alten Universität mürbe und reformfreudig gemacht. Längst befinden wir uns in der Phase der Neuerfindung von Bildung als Ware. ▶



E D I T O R I A L

Seitdem das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das bundesweite Studiengebührenverbot gekippt hat, scheinen alle Dämme gebrochen. Nicht über das Pro und Contra wird gestritten, sondern nur noch über Höhe und Abrechnungsmodus.

Aber die Gebührenlobby ist noch nicht am Ziel. Gebühren sind nun zwar erlaubt, aber in keinster Weise verpflichtend oder naturnotwendig. Im Gegenteil: genau jetzt ist der Zeitpunkt, wo durch studentischen Widerstand die Gebührenpläne umgekrempelt werden können. Allerdings steht zu befürchten, dass im Süden die Gebühren schon längst eingeführt sein werden, bevor sich im Norden auch nur die Debatte erhebt. Das wäre fatal, denn nur wenn bundesweit und gleichzeitig Studierende zum Protest schreiten, gibt es Aussicht auf Erfolg.

Wir werden sehen – an der FU ist vom AStA für den 27.4. um 14 Uhr in der Silberlaube eine Vollversammlung angesetzt worden. Dieses Asta-Info soll Euch einige Argumente und Analysen an die Hand geben, um der Desinformation der Gebührenlobby etwas entgegenzusetzen.

Ein weiterhin gebührenfreies Studium wünscht
Das Hochschulreferat des AStA FU

I N H A L T

- 1** Neue Bildung, neuer Widerstand
- 4** Gebührenpläne in den Bundesländern (Kästen)
- 5** Studienabbruch als Reform?
- 6** Veranstaltungen des Sozialreferats
- 8** Studienkonten und Bildungsgutscheine
- 11** Kein ruhiges Hinterland

› fortsetzung von s. 1

Wem nützt es?

Propagiert wird diese Privatisierung der Bildung von neoliberalen PolitikerInnen aller Parteien, vor allem aber von einflußreichen Unternehmen wie dem Bertelsmann-Konzern und seinem Centrum für Hochschulentwicklung (CHE). Beide Seiten, Staat und Kapital, versprechen sich einen Nutzen von dieser Entwicklung. Staatlicherseits steht hinter den Einsparungen die bewußte Entscheidung, statt ausfinanzierter Bildung lieber Steuersenkungen für Unternehmen bereitzustellen, um so den »Standort Deutschland« im globalen Wettbewerb für Investoren attraktiver zu machen. Dennoch braucht der Staat Bildung um dieses Ziel zu erreichen. Die großen Bildungsinvestitionen der 60er und 70er Jahre erfolgten auch und gerade, um durch hochqualifizierte Arbeitskräfte wettbewerbsfähig zu sein.

Im verschärften globalen Konkurrenzdruck versucht man nun, Bildungsausgaben zu senken und gleichzeitig die Qualifikationen der Arbeitskräfte zu sichern und zu erhöhen.

Humankapital: der Mensch als Ware

Diesen Spagat soll nun die neue Form der Bildung als Ware leisten. Bildung wird nicht mehr vom Staat ohne Gegenleistung verteilt, sondern kostet den einzelnen Geld. Zunächst geht es um symbolische Beträge von 500 Euro pro Semester, später evtl. mehr bis hin zu den kostendeckenden Preisen von bis zu 40.000 \$ im Jahr, die an US-Universitäten schon heute üblich sind.

Wichtig ist die Erziehungswirkung für den Einzelnen: wenn jedes Semester Geld kostet, mit dem Credit-Point System sogar jeder Kurs, dann werden so wenige Kurse wie möglich besucht, und wie von selbst konzentrieren sich die Kunden zunehmend auf verwertbares arbeitsmarktrelevantes Wissen. Je höher der Preis, desto wirkamer diese Konditionierung. Am besten wirkt es, wenn sich die Kunden schon im voraus verschulden müssen und durch die nackte Angst vor Zahlungsunfähigkeit zu einem effizientem Studium getrieben werden.

Die Bildung wird somit auf ihre Kernfunktion in der Marktwirtschaft reduziert: die Menschen so zu formen, dass sie dem Markt möglichst früh als Arbeitskraft zur Verfügung stehen, ohne allzu viele Kosten zu verursachen.

Die Herrschaft des Marktes über den Menschen wird somit subtiler und enger, eigene Bildungsziele und Interessen können nicht realisiert oder gar nicht mehr gedacht und formuliert werden. Der Bildungskunde ist kein selbstbestimmtes Individuum, sondern ein Objekt der Marktkräfte.

Bildung wirft Zinsen ab

Aber nicht nur das staatliche und gesamtkapitalistische Interesse nach geringen Bildungsausgaben wird durch Bildung als Ware befriedigt. Einzelne Unternehmen wollen direkt in den Bildungsmarkt einsteigen und mit den neuen Produkten Profite erwirtschaften. Dabei geht es nicht nur um private Schulen und Universitäten, wie sie Bertelsmann propagiert. Auch die neuen Bildungskredite versprechen den ausgebenden Banken üppige Zinseinnahmen, die Akkreditierung der neuen Studiengänge ist ebenfalls privat und kostenpflichtig. All diese Profiteure heizen den Diskurs um Studiengebühren zusätzlich an und versuchen durch Lobbyarbeit, die Entwicklung zu beschleunigen.

EU, Bologna und der und Weltmarkt

Der Staat wiederum versucht, diese »innovativen Dienstleistungen« zu fördern und sie für den Weltmarkt konkurrenzfähig zu machen. Australien und die USA etwa erwirtschaften bereits heute mehrere Milliarden Dollar jährlich durch die Studiengebühren ausländischer Bildungskunden, die entweder als Gaststudenten im Land selbst lernen, oder an ausländischen Filialen amerikanischer und australischer Unis studieren.

Beide Länder sind somit Vorreiter auf dem Weltmarkt für Bildungsdienstleistungen, und die EU würde gerne nachziehen, bevor der Markt gesättigt ist. Die europaweite An-

I M P R E S S U M

Das **ASTA** wird herausgegeben von **astafu** Otto-von-Simson-Str.23, 14195 Berlin. Per Telefon erreichbar unter 839 091-0, per Mail unter info@astafu.de. Faxen an: 831 45 36. Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Aktuelle Infos gibt es jeweils unter:

www.astafu.de

Auflage: 2 500
Druck: AStA-Druck
Redaktion: Hochschulreferat,
Öffentlichkeitsreferat und der AK Hochschulpolitik
Layout: Bert Buchholz
Die Fotografie stammt vom Umbruch Bildarchiv.

gleichung der Studiengänge zu einem einheitlichen Bachelor/Master System mit Modulen und Credit-Points im Rahmen des sogenannten Bologna-Prozesses würde die dazu notwendige wettbewerbsfähige Bildungsware schaffen.

Der Bildungsumbau erfüllt somit seine Funktion in der neuen ökonomischen Systemkonkurrenz zwischen den USA und der entstehenden Supermacht EU. Einerseits soll er in der Zukunft die Wirtschaft der EU stützen, andererseits durch die Bindung der bildungswilligen ausländischen Eliten auch die kulturelle Hegemonie Europas stärken.

Begleitmusik und Nebeneffekte dieses ökonomisch-politischen Kampfes, etwa die sogenannten europäischen Werte oder die bessere Vergleichbarkeit von Abschlüssen, werden dabei oftmals von den Akteuren als eigentlicher Zweck verstanden und auch propagiert. Leider auch bei den VertreterInnen des europäischen studentischen Dachverbandes ESIB und des deutschen Verbandes FZS. Beide stehen den Zielen des Bologna-Prozesses nicht grundsätzlich kritisch gegenüber, sondern wollen nur seine Umsetzung verbessern.

Daher, um endlich zum Widerstand zu kommen, lohnt sich eine Fahrt nach Bergen zum Protest gegen das nächste EU-Bildungsministertreffen im Mai – achtet auf Flyer und Ankündigungen.

Widerstand als globales Projekt

Die Bildungsreform folgt letztendlich denselben Mustern wie andere politische Projekte des Neoliberalismus: bisher staatliche oder öffentliche Aufgaben werden privatkapitalistisch umstrukturiert. Ob es nun die Bildung, Gesundheitssystem, die Wasserversorgung oder die kapitalgedeckte Riester-Rente ist: die neuen »Kunden« müssen steigende Preise zahlen, die neuen Besitzer erwirtschaften

staatlich garantierte Profite. Denn Ziel eines Unternehmens ist nicht primär die Befriedigung von Bedürfnissen, sondern die Erwirtschaftung von eben diesem Profit: aus Geld muß mehr Geld werden.

Diese kapitalistische Expansion in den öffentlichen Raum kann fatale Folgen haben, wenn etwa Menschen von sauberem Trinkwasser abgeschnitten werden, weil sie als Kunden nicht zahlungsfähig oder nicht profitabel sind (passiert in Bolivien, Brasilien und Südafrika).

Möglich gemacht wird diese globale Expansion des Kapitals durch die politischen Institutionen eines neuen Freihandels, durch WTO, IWF und Weltbank, die überall auf dem Planeten das Prinzip des Marktes und der Warenform als politisches Allheilmittel institutionalisieren. Eine breite Koalition aus Umweltschützern, Gewerkschaften, antikapitalistischen Gruppen, landlosen Bauern und indigenen Widerstandsgruppen hat diesen Institutionen und ihrer Logik bereits den Kampf angesagt und dabei trotz der verschiedenen Ansichten und Ziele der Beteiligten einiges erreicht.

Da die europäische Bildungsreform Teil der globalen Expansion des Kapitals in bisher anders strukturierte Räume ist, muß auch ein studentischer Protest sich in diesen globalen Zusammenhang des Protests stellen. Die letzten gescheiterten Proteste haben gezeigt, daß es nichts nützt, mit einem unpolitischem Protest des kleinsten gemeinsamen Nenners (»gegen Studiengebühren«) an den Start zu gehen, um ein möglichst großes Medienecho zu erreichen.

Letztendlich ist es die Logik von Kapital und Standortkonkurrenz, die momentan alles in Bewegung setzt. Als Gegenbewegung müssen wir diese Prinzipien angreifen und solidarisch mit anderen globalisierungskritischen Gruppen ein Leben gemäß unseren Bedürfnissen einfordern.

Die aktuelle Situation und Gebührenpläne in den Bundesländern

Baden-Württemberg

- Langzeitstudiengebühren seit 1997 (511 Euro pro Semester).
- Einführung allgemeiner Studiengebühren voraussichtlich ab 2007 (500 Euro pro Semester, abzuwarten sind jedoch die Landtagswahlen 2006).

Bayern

- Restriktive Prüfungsfristen: Nach Überschreiten der Regelstudienzeit um 2 bis 4 Semester erfolgt die Zwangsanmeldung zur Zwischen- oder Abschlussprüfung. Wer nicht antritt, ist durchgefallen.
- Langzeitstudiengebühren (500 Euro pro Semester) zum Semester 2006/2007 geplant.
- Einführung allgemeiner Studiengebühren (zwischen 200 und 500 Euro), abhängig von der Implementierung eines Darlehenssystems voraussichtlich nicht vor dem Semester 2006.

Studienabbruch als Reform?

Zur Debatte um Studiengebühren
für Langzeitstudierende

VON MANFRED SUCHAN

Was ist ein Langzeitstudium?

Viele Politiker und Wirtschaftsvertreter sind sich in der Diagnose einig, daß zu lange studiert wird. Als geeignetes Mittel, um gegen den behaupteten Mißstand vorzugehen, wird die Einführung von Langzeitstudiengebühren empfohlen, d.h. spezielle Gebühren für sogenannte Langzeitstudierende. In Anbetracht leerer Haushaltskassen überlegen nun immer mehr Bundesländer, Langzeitstudiengebühren einzuführen und erlassen entsprechende Gesetze.

Doch ab wann ist ein Studium ein »Langzeitstudium«? Wer sind die Betroffenen? Aus welchen Gründen verlängert sich ein Studium? Wie wirken sich Studiengebühren aus? Diese und andere Fragen müssen gestellt und beantwortet werden, will man sich dem Thema annähern.

Mythos Langzeitstudium

Zu längeren Studienzeiten führen die unterschiedlichsten Gründe, von denen lediglich ein geringer Teil von den Studierenden selbst beeinflußt werden kann (Vgl. hierzu die 17. Sozialerhebung des dt. Studentenwerks, 2004). So brauchen Studierende mit niedrigerer sozialer Herkunft und geringverdienenden Eltern deutlich mehr Zeit für ihr Studium, da sie überwiegend finanziell schlecht ausgestattet sind und insbesondere in der Studienabschlußphase auf eine oft komplette Selbstfinanzierung durch Erwerbsarbeit angewiesen sind. Und die Förderung nach BAföG endet häufig genau dann, wenn in der Studienabschlußphase in besonderem Maße eine Studienfinanzierung benötigt wird. Schlechte finanzielle Ausstattung ist somit die zentrale Ursache für längere Studienzeiten.

Zudem unterscheidet sich nicht nur die Studiendauer zwischen den Fächern einer Universität erheblich, sondern

ebenso innerhalb eines Faches an verschiedenen Universitäten allein schon aufgrund unterschiedlicher Studien- und Prüfungsverhältnisse. Wechsel des Studiengangs oder des Hochschulorts, Berufspraktika, Auslandssemester, aber auch Kindererziehung, Betreuung Pflegebedürftiger, Krankheit und Behinderung oder eine Migrationsbiographie verlängern die Studiendauer. Bei einem Zusammentreffen mehrerer Gründe ist schnell eine Gesamtstudiendauer erreicht, bei der die Gebührenpflicht einsetzt. Letztlich ist eine klare Definition des Begriffs »Langzeitstudium« nicht möglich. Zu unterschiedlich sind die jeweiligen Studienbedingungen und zu individuell die einzelnen Studienbiographien.

Selbst die mit dem Studierendenstatus verbundenen Vergünstigungen, wie etwa preiswertes Mensaeessen, werden durch z.T. gravierende Nachteile überwogen. Studierende sind von staatlichen Sozialleistungen ausgeschlossen, erhalten nur erschwert Wohngeld, benötigen ab dem 14. Fachsemester eine eigene Krankenversicherung und die Anrechnung von Ausbildungszeiten auf die Rente wurde auf drei Jahre gekürzt. Zudem enden BAföG-Zahlungen nach Ende der Regelstudienzeit und Kindergeldzahlungen mit dem 27. Lebensjahr. Langzeitstudierende liegen somit niemandem auf der Tasche – außer sich selbst. Zusätzliche Langzeitstudiengebühren vergrößern daher die Ungerechtigkeit.

Alternativen zur Studienzeitverkürzung

Langzeitstudiengebühren sind eine Benachteiligung einer Minderheit von Studierenden, die den Universitäten in Wirklichkeit keine zusätzlichen Kosten verursacht. Langzeitstudierende nutzen in der Regel die Universitäten und

Berlin

- Einführung von Studiengebühren oder -konten ist noch nicht entschieden, abzuwarten ist die Wahl zum Abgeordnetenhaus 2006 (CDU, führende Politiker der SPD wie Finanzsenator Sarrazin und Regierender Bürgermeister Wowereit (SPD) für allgemeine Studiengebühren, Landesparteitag der SPD beschloss Studienkonten, Kultursenator Flierl (PDS) befürwortet ebenfalls Studienkonten).

deren Angebote nicht häufiger oder intensiver als andere Studierende. Sie brauchen lediglich aus den unterschiedlichsten Gründen länger für ihr Studium und nehmen die Studienangebote daher zeitlich gestreckt wahr. Resultat von Langzeitstudiengebühren ist eine Erhöhung der Studienabbruchrate. Der Mehrheit der sog. Langzeitstudierenden wird damit der Weg zu einem berufsqualifizierenden Abschluß verbaut. Langzeitstudiengebühren führen zu einer Zerstörung von Lebensentwürfen und einer Ent-

wertung von Biographien. Den Hochschulen werden ihrerseits die durch Studiengebühren eingenommenen Gelder an anderer Stelle wieder entzogen. Dahingegen müßte eine Reform im Sinne der Studierenden anstatt Studiengebühren eine elternunabhängige Studienabschlußförderung beinhalten, die der realen Studiendauer entspricht. Nicht zuletzt im Hinblick auf den bestehenden Akademikermangel ist es weitaus sinnvoller, die Betroffenen zu Ende studieren zu lassen.

Veranstaltungen des Sozialreferats

▶ Mit gutem Patriotismus gegen bösen Nationalismus

oder: Warum regierende Demokraten die Neofaschisten vielleicht verbieten aber nicht kritisieren können.

- ▶ Prof. Dr. Freerk Huisken
- ▶ Dienstag, 10.5.2005
- 18:00 Uhr
- ▶ Hörsaal 1b, Silberlaube

1. Die NPD hat zur Zeit einigen Erfolg. In manchen ostdeutschen Bundesländern kommt sie bei Wahlen auf zweistellige Prozentergebnisse und ist im Landtag vertreten. Sie ist zweifellos eine kritische Partei, die sich mit ihrem Protest gegen den Sozialabbau auf Demonstrationen gegen die Agenda 2010 und Hartz IV hervortut: »Zum 1. Januar 2005 findet der größte Raubbau unserer Nachkriegsgeschichte statt. Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II werden Arbeitslose zu Sozialhilfeempfängern gemacht und systematisch in die Armut getrieben.« (NPD Sachsen im Internet)

Die Partei gehört zu den schärfsten Kritikern der Globalisierung: »Die Möglichkeiten des Staates, Einfluss auf die Wirtschaft zu nehmen, werden immer geringer. (...) Neben massivem Sozialabbau fördert die Globalisierung auch Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzexport.« (Kurzprogramm der NPD) Auf der Anti-Bush-Demonstration zum Staatsbesuch des US-Präsidenten in Mainz könnte die NPD in den vordersten Reihen stehen: »Deutschland muss ein freies Land werden, Europa darf nicht länger US-Kolonie bleiben.« (Kurzprogramm der NPD)

»Wir sind eine antiimperialistische Partei und solidarisch mit allen Völkern, die sich im Abwehrkampf gegen den verbrecherischen US-Imperialismus und seine Helfershelfer befinden.« (NPD Sachsen)

Worauf zielt eine Kritik des rechten Lagers an Sozialabbau, Globalisierung und US-Imperialismus, die in dieser Republik doch als Domäne des linken Lagers gilt?

2. Die regierenden Demokraten pflegen den ihnen eigenen Umgang mit abweichenden Auffassungen, die sich störend bemerkbar machen. Aufschlussreich der SPD-Chef: »Verantwortlich für die Erfolge der NPD sind allein die Wähler. Niemand hat das Recht, aus Protest die Rechtsradikalen zu wählen.« (Münsterfering, ARD-Tagesschau 12.2.2005)

Man kann offensichtlich in der Demokratie bei aller Freiheit der Wahlentscheidung auch falsch wählen. Richtig wählen geht anders. Unzufriedene und Opfer der Agenda 2010 haben gefälligst am Wahltag mit den Sozial-Tätern loyal zu sein und ihre Stimme bei den demokratischen Volksparteien abzugeben. Alles andere verletzt das Recht der großen Parteien auf Gefolgschaft.

3. Und da auch die größten Demokraten freie, gleiche und vor allem geheime Wähler nicht verbieten können, denken sie laut über das Verbot der NPD nach, die von pflichtvergessenen Volksgenossen immer öfter angekreuzt wird. Kritik und Überzeugung ist die Sache der Demokraten offenbar nicht. Sie verfahren mit abweichenden Auffassungen ungefähr so totalitär wie es Nationaldemokraten erst noch anstreben. Grund genug, sich einmal der Kritik des neofaschistischen Programms und der Frage zu widmen, warum Demokraten dazu nicht in der Lage sind.

Der verordnete Pluralismus in den Geistes- und Gesellschaftswissenschaften

► Anstandsregeln einer falschen Wissenschaft

Eigentlich liegt es ja auf der Hand: Fächer, in denen verschiedene Meinungen über ihren Gegenstand kursieren, haben es zu gültigem, überzeugendem Wissen nicht gebracht. Früher hat man das in den Gesellschaftswissenschaften auch noch so gesehen und am unübersehbaren Unterschied zur Objektivität und Unumstrittenheit naturwissenschaftlicher Forschungsergebnisse gelitten; ähnlich haltbare Einsichten wollte man erst noch erzielen. Inzwischen ist jede Unzufriedenheit über den Stand des Wissens an den philosophischen Fakultäten ausgestorben. Der Zustand des Nicht-Wissens ist endgültig. Der Auftraggeber der Universität, der Staat, feuert nicht etwa Forscher, die es zu Wissen nicht bringen, sondern fordert und schützt mit dem Pluralismusgebot den Zustand des beliebigen Meinens, zu dem es seine großen Geister gebracht haben. Die Freiheit, die er ihnen gewährt, hat den Sinn einer Freiheit des Wissenschaftlers gegenüber dem Wissen. Er sichert seinen Wissenschaftsbeamten das Recht, sich ihre persönliche »Lehrmeinung« von niemandem – weder von Kollegen noch Studenten, weder vom besseren Argument noch von moralischer Mißbilligung – bestreiten zu lassen. Er setzt Partikularität und individuelle Eitelkeit seiner bezahlten Denker ins Recht. Die Autorität des Wissens ersetzt er durch die Autorität derjenigen Personen, die es geschafft haben, eine Lehrbefugnis zu ergattern. Die Autorität des Amtes macht die subjektive Lehrmeinung verbindlich – freilich nur innerhalb Reichweite des Amtes: in Vorlesungen und Prüfungen des Lehrstuhlinhabers. Ein weiterreichender Geltungsanspruch würde die Rechte der Inhaber anderer Lehrmeinungen verletzen. Zwischen den vielen Theorien, die alle dieselbe Sache zu erklären beanspruchen, sich also wechselseitig bestreiten und die Geltung absprechen, ist die Tugend der Toleranz geboten.

Und die wird auch geübt. Die Fächer haben ein ganzes System wissenschaftlicher Anstandsregeln ausgebildet, mit denen die Professoren den Gegensatz ihrer Ansichten betätigen, ohne sich zu kritisieren. Sie pflegen eine Diskussionskultur, die Ausgangspunkt und Voraussetzung jeder Diskussion dementiert: die Unterstellung nämlich, dass es überhaupt ein gemeinsames Objekt gibt, über dessen Auffassung man sich klar zu werden hat. Die Eintrittskarte in die wissenschaftliche Diskussion ist ein eminent bescheidenes Auftreten: Man nennt seine Überlegungen »vorläufig«, »erste Annäherungen«, »Versuche« und versichert die Kollegen dessen, daß niemand das Unzureichende dieser Bemühungen klarer sehe als man selbst. Wer so von seinen Einsichten spricht, fühlt sich nicht ver-

pflichtet, vorläufig das Maul zu halten und seinen Gegenstand erst einmal geschweigt zu studieren. Im Gegenteil. Die frech hervorgekehrte Bescheidenheit nimmt eventueller Kritik den Wind aus

den Segeln und macht die schwache Leistung unangreifbar – zumal sie die Gegenseite auf die Erwidern der wissenschaftlichen Höflichkeit verpflichtet. So unverschämt sind die bestellten Denker, daß sie mit der Beteuerung, wie schlecht ihr Zeug sei, jeder anderen Wortmeldung das gleiche Bekenntnis abverlangen und dadurch die Gleichrangigkeit ihres Quarks reklamieren. Sie nennen ihre subjektiven Ansichten von der Sache einen »Aspekt« – so als ob sie ihn an sich hätte –, und kommen zu ebenso vielen »Aspekten« der Sache, wie sich Diskutanten an der Debatte beteiligen. Jeder rechtfertigt seinen Aspekt, indem er den anderen vorwirft, das vernachlässigt, ausgeblendet, unterschlagen zu haben, was er »einbringen« möchte. Das nehmen die Kollegen nicht weiter übel, denn gegen solche »Kritik« können sie mit dem gleichen Recht darauf bestehen, dass sie eben auch nur ihren Aspekt behandelt haben. Jeder »begründet« seine Sicht der Sache mit seinem Interesse, sie eben so zu sehen. »Erkenntnisinteresse« heißt man das. Zur Verteidigung stellen demokratische Wissenschaftler ihre Einsichten als das tautologische Produkt eines Vorurteils hin. Sie versprechen, daß bei ihren Theorien nichts anderes herauskommt, als was sie vorher in Form ihrer Absicht und methodischen Vorentscheidungen hineingesteckt haben. Da weiß man immerhin, woran man ist! Das Vorurteil geht in Ordnung, ist nach allgemeiner Auffassung sogar nötig – man muß es nur zugeben und ausdrücklich machen, damit niemand das parteiliche Bild mit einer objektiven Erklärung verwechselt.

Das ganze System von verkehrten Anforderungen an Theorien, mit denen die Wissenschaftler ihre Debatten bestreiten, dient nur dazu, die eine Frage an die vorgebrachten Erklärungen zu verhindern, auf die es ankäme: Die nach ihrer Wahrheit. Richtige Einsicht in ihre Institutionen, ihr Funktionieren und ihre Prinzipien kann diese Gesellschaft, die sich immerhin Wissenschaft leistet, offenbar nicht brauchen. Das wirft kein gutes Licht auf sie – und kein gutes Licht auf die Wissenschaft, die gerade durch den Verzicht auf Wahrheit ihren Staatsdienst leistet. Kein Wunder, daß »Theorie« einen so schlechten Ruf genießt: »Theoretisch« ein Wort, das wissenschaftliche Notwendigkeit ankündigt, bedeutet heute so viel wie »bloß möglich«.

► Dr. Peter Decker

► Dienstag, 31.5.2005

18:00 Uhr

► Hörsaal 1b, Silberlaube

Sozialreferat im Internet:

www.sozialreferat.com

I | STUDIENKONTEN & BILDUNGSGUTSCHEINE

Warum es keine sozialverträglichen
Studiengebühren gibt

VON RALF HOFFROGGE UND JENNY SIMON

Seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Januar 2005 überschlugen sich die Meldungen zur Einführung von Studiengebühren. Als Alternative zu allgemeinen Studiengebühren wird vor allem das Modell der Studienkonten und Bildungsgutscheine als ein »sozial verträgliches« Bezahlstudium dargestellt – eine Quadratur des Kreises! Neben dem Berliner Kultursenator Flierl (PDS) hat sich nun auch der Berliner Landesparteitag der SPD für ein solches Modell ausgesprochen.

Studienkontenmodelle werden bereits in Bremen, Niedersachsen, Nordrheinwestfalen und Rheinland-Pfalz praktiziert. Dort erhalten alle Studierenden ein bestimmtes Guthaben an Hochschulsemestern, die als Gutscheine ausgegeben oder auf sogenannten Studienkonten verwaltet werden. Für jedes Semester werden nun Einheiten von diesem Konto abgebucht oder Bildungsgutscheine eingezogen. Ist das Konto leer oder die Gutscheine aufgebraucht, droht entweder die Zwangsexmatrikulation oder eine horrende Strafgebühr von momentan 500 € in Niedersachsen und 650 € in NRW und Rheinland-Pfalz. Geplant ist des weiteren eine Umstellung der Bemessungsgrundlage von Hochschulsemestern auf Semesterwochenstunden.

Darüber hinaus wird zur Zeit die sogenannte Länderkinderregelung diskutiert. Diese sieht vor, von Studierenden, die nicht im Bundesland ihres Hochschulstandortes geboren sind, höhere Gebühren zu kassieren oder sie vom Studienkontenmodell auszunehmen und von ihnen direkte Studiengebühren zu kassieren. So wird in Hamburg bereits

seit dem Sommersemester 2004 Studierenden mit Wohnsitz außerhalb der »Metropolregion« 500 € pro Semester berechnet. Allerdings ist die Länderkinderregelung verfassungsrechtlich umstritten und beschäftigt derzeit die Hamburger Gerichte wegen der Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes – man darf gespannt sein.

Um das Studienkontenmodell zu entschärfen, soll das gewährte Guthaben ein Studium über die Regelstudienzeit hinaus ermöglichen: So werden in Niedersachsen nach Überschreitung der Regelstudienzeit um 4 Semester Gebühren erhoben, in NRW nach 1,5 facher und in Rheinland-Pfalz nach 1,75 facher Regelstudienzeit. Dies klingt versöhnlich, ermöglicht es doch scheinbar ein gebührenfreies Erststudium.

Die soziale Realität sieht jedoch anders aus. Die sogenannte Regelstudienzeit ist seit jeher eine kaum erreichbare Minimalgrenze, die mit der tatsächlichen Studierendauer nichts zu tun hat. Das Gewähren der 1,5 fachen Regelstudienzeit mag in der Theorie großzügig erscheinen, erweist sich in der Praxis jedoch als bittere Notwendigkeit, um überhaupt einen Abschluss zu erlangen, insbesondere bei stetig schlechteren Studienbedingungen. Ein zusätzlicher Sprachkurs, eine versiebtete Prüfung oder gar ein Studienfachwechsel werden im Studienkontenmodell zum Luxus.

Die momentane Praxis, Hochschulsemester als Berechnungsgrundlage heranzuziehen, enthält jedoch, wie auch Flierls Vorschlag, einen Pferdefuß, der gerade das Argument der Sozialverträglichkeit zur Heuchelei macht: Denn wie bei Langzeitstudiengebühren werden pauschal alle

bestraft, die aufgrund von Erwerbsarbeit, Kindererziehung oder schlicht anderen Lebensentwürfen nicht alle Energien ins Schnellstudium stecken können. Es entsteht ein Teufelskreislauf: Wer während seines Studiums arbeiten muss, braucht länger und wer länger braucht, muss zusätzlich zahlen und so wiederum mehr arbeiten. Auch wenn die Kosten für das Studium erst später zu zahlen sind, kann dies eine Abschreckungswirkung und damit eine Verschärfung des sozial selektiven Hochschulzugangs zur Folge haben, die eine Benachteiligung der Studierenden aus niederen Einkommensverhältnissen fortsetzt. Unter gegebenen Geschlechterrollen werden Frauen vor dem Hintergrund nach wie vor niedrigerer Einkommen darüber hinaus in besonderem Maße benachteiligt. Aber die verschiedenen Kontenmodelle haben noch ein ganzes Bündel von weiteren unangenehmen Nebenwirkungen.

Wo bleibt der Datenschutz?

So lässt die technische Umsetzung von Studienkontenmodellen insbesondere mit Semesterwochenstunden als Bemessungsgrundlage böse Vermutungen aufkommen. Denn wer kann schon feststellen, wie viele Semesterwochenstunden wir schon »verbraucht« haben? Dazu müsste man die Anwesenheits- und Zugangskontrollen an den Unis massiv erhöhen und systematisieren. Der Verwaltungsaufwand kostet nicht nur zusätzliches Geld, sondern wird die Uni auch endgültig vom öffentlichen in einen privaten Ort verwandeln. Der Studierendenausweis oder die Chipkarte mit dem Studienkonto wird zum Privileg, wer das nicht hat, bleibt draußen. Und auch der Datenschutz bleibt außen vor, denn ohne detaillierte Aufstellung der besuchten Veranstaltungen lässt sich ein Studienkonto nicht verwalten. Die Studierenden haben keine

Wahl, sie müssen diese Datensammlung zulassen, um weiter zu studieren.

Der Bildungsmarkt

Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen bitter genug sind – viel einschneidender sind die langfristigen Änderungen, die sich aus dem Kontenmodell und seinen ökonomischen Prämissen ergeben. Setzt sich das Modell durch, dann verabschieden wir uns von einem staatlich garantierten und verwalteten Bildungssystem. Die Entwicklung führt zum Bildungsmarkt, auf dem das Studium und letztlich auch die Studierenden selbst den Charakter einer Ware annehmen.

Die Bildungsgutscheine fungieren als Zahlungsmittel, Universitäten sind die Anbieter und Studierende die Kunden. Durch das Nachfrageprinzip sollen die Hochschulen um ihre studentischen Kunden konkurrieren und via Wettbewerb zu einer Verbesserung ihrer Leistungen gezwungen werden. Dies soll erreicht werden, indem die Hochschulen staatliche Gelder entsprechend der Anzahl der eingelösten Bildungsgutscheine erhalten.

Da jedoch die staatlichen Ausgaben für Bildung in Zukunft kaum steigen werden, handelt es sich um ein Nullsummenspiel: Was die eine Hochschule bekommt, verlieren die anderen. Institutionen erster und zweiter Klasse wären die Folge. Denkt man die Marktlogik weiter, ist ein weiteres Kriterium zur Auswahl der Studierenden nötig, die eine Bildung erster Klasse erhalten sollen. Ohne Zugangsbeschränkungen könnten nämlich die begehrteren Hochschulen ihre Qualität nicht aufrechterhalten, sie wären hoffnungslos überfüllt. Eine weitere Verschärfung des Numerus Clausus oder gesonderte Auswahltests sind bereits in der Diskussion. Die logischere Variante ist al-

Bremen

- Derzeit existiert ein Studienkontenmodell.
- Di
bühren in den umliegenden Bundesländern durch Bremens Insellage ändern.

Brandenburg

- Die Einführung von Studiengebühren und möglichen Modellen ist noch nicht entschieden.

Hamburg

- Seit Semester 2004/2005 Langzeitstudiengebühren (500 Euro pro Semester).
- Seit Semester 2004/2005 Studiengebühren für Studierende mit Wohnsitz außerhalb der »Metropolregion Hamburg« in Höhe von 500 Euro (diese Regelung beschäftigt derzeit die Hamburger Gerichte wegen einer möglichen Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes).
- Einf
werden 500 Euro zur Einführung, Wissenschaftssenator Dräger (parteilos) forderte jedoch 2500 Euro pro Semester).

Hessen

- Langzeitstudiengebühren nach Überschreitung der Regelstudienzeit um 4 Semester (gestaffelt zwischen 500 Euro und 900 Euro je nach Semester).
- Die Erhebung allgemeiner Studiengebühren wird diskutiert, da jedoch die Landesverfassung einen unentgeltlichen Schul- und Hochschulbesuch vorschreibt, dürfte eine Einführung von Gebühren erheblich verzögert werden.

lerdings eine Preiserhöhung für die »besseren« Leistungen der neuen Elitehochschulen. Der Zugang zur Bildung wäre also alles andere als sozialverträglich geregelt. Im Gegenteil, die Marktlogik führt auch hier zur Ausdifferenzierung des Bildungsangebotes in Luxus für Wenige und Billiges für die breite Masse. Innerhalb der Hochschulen erfolgt bereits durch die Bachelor/Master-Schranke eine solche Differenzierung in praxisorientierte Bachelor-Studiengänge und die Masterprogramme für die vermeintlich begabtere Elite.

Das öffentliche Gut Bildung wird somit durch die künstliche Verknappung per Studienkonto in eine Ware verwandelt. Und Warenförmigkeit bedeutet stets, dass sich Einige mehr als Andere leisten können. Insbesondere die Tatsache, dass abgelaufene Studienkonten durch Zahlung einer Gebühr wieder aufgeladen werden müssen, illustriert die soziale Ungerechtigkeit der neuen Ausschlussmechanismen. Nur begüterte Studierende können sich das Minimum von 500 Euro für jedes »zusätzliche« Semester leisten.

Soziale Unsicherheit

Darüber hinaus bringt der Bildungsmarkt weitere unerfreuliche Erscheinungen mit sich. Durch die zunehmende Konkurrenz untereinander müssen die Hochschulen in ihrer Personalpolitik flexibler werden. Schnelle Einstellungen und Entlassungen sind nötig, um das Angebot der Nachfrage anzupassen. Dieses Prinzip von »Hire and Fire« bedeutet für das wissenschaftliche und sonstige Personal der Hochschulen eine weitere Zunahme von prekären Arbeitsverhältnissen. Tarifvertragliche und langfristige Arbeitsplätze würden Werkverträgen, Projektarbeiten und Kurzzeitjobs weichen. Diese Entwicklung wird durch die Einführung von 1 -Zwangsarbeitern an den Hochschulen (an der FU zum SS 2005) noch begünstigt werden.

Hochschule ohne Demokratie

Auch die demokratischen Rechte, die sich Studierende und Mitarbeiter bisher erkämpfen konnten, würden in einer marktorientierten Hochschule als störend empfunden. Mit den Tarifverträgen würden auch die Personalräte überflüssig, ebenso die Frauenbeauftragte, die verfasste Studierendenschaft und die marginalen Mitbestimmungsrechte in den akademischen Gremien – grundsätzlich widersprechen sie der Idee vom »Unternehmen Universität«. In Berlin läuft seit 1997 mit der sogenannten Erprobungsklausel bereits ein Modellversuch in diese Richtung. Sie erlaubt den Hochschulen, Teile des Berliner Hochschulgesetzes »zur Probe« außer Kraft zu setzen und eigene Leitungsmodelle zu entwickeln. Dies führte etwa an der FU zu einer enormen Stärkung des Präsidiums und zur faktischen Entmachtung anderer Gremien wie des Akademischen Senats.

Qualitätsverlust der Lehre?

Auch das Versprechen der Qualitätssteigerung durch Wettbewerb werden die neuen Modelle kaum einlösen können. Denn Qualität wird hier blind mit Nachfrage gleichgesetzt. Eine Hochschule, bei der viele ihre Bildungsgutscheine einlösen, biete Qualität und solle staatlich besonders gefördert werden. Es gibt jedoch ganz andere Wege, um an die begehrten Gutscheine zu kommen. Das einfachste Mittel wäre eine gute Werbekampagne. Somit würden universitäre Gelder nicht in die Lehre, sondern in die Selbstdarstellung investiert.

Auch die Fächervielfalt wird sich mit der ökonomischen Steuerung weiter reduzieren. Exotenfächer wie etwa Ägyptologie verursachen höhere Kosten als gut besuchte Studiengänge – auch bei der Produktion von Abschlüssen ist Massenproduktion eben billiger als Maßarbeit. Die Spezialisierung der Hochschulen führt so zur Vernichtung von Fächervielfalt. Und auch die teure Grundlagenforschung in den Naturwissenschaften wird wohl noch stärker aus der Universität ausgelagert werden – und somit für Studierende unzugänglich sein.

So oder so: Das derzeitige Desinteresse an Lehre und unabhängiger Wissenschaft durch ein ökonomisches Interesse zu ersetzen, wird die Lehre eher verschlechtern als verbessern.

Fazit

Das Studienkontenmodell ist keine x-beliebige Sparmaßnahme und auch keine sozial verträgliche Alternative zu Studiengebühren. Es sorgt vielmehr für eine künstliche Verknappung von Bildung und verwandelt ein staatlich garantiertes Recht in eine Ware. Die integrierten Langzeitstudiengebühren bestrafen vermeintliche »Bummelstudenten«, anstatt die Krise der Unis zu lösen – populistische Politik auf BZ-Niveau.

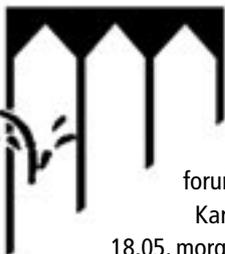
Die ökonomischen Steuerungsmechanismen begünstigen Elitenbildung und beschränken das Studium für den Großteil der Studierenden auf eine unzureichende »Grundversorgung«. Dabei ist es letztlich egal, ob das Konto zunächst der 1,5 fachen oder der doppelten Regelstudienzeit entspricht. Der Anfangsbetrag des Kontos kann problemlos auch auf die einfache oder halbe Regelstudienzeit gesenkt werden. Angesichts leerer Kassen ist das ein wahrscheinliches Szenario. Die Intensivierung der Kontrolle, die fehlende Demokratie des Bildungsmarktes, die Entstehung einer zwei-Klassen-Bildung etc. – all diese Effekte können nur die grundsätzliche Ablehnung solcher Modelle zur Folge haben.

Es gilt, dem herrschenden Verständnis von Bildung als Ware eigene Vorstellungen von selbstbestimmter Bildung entgegenzusetzen und offensiv zu vertreten.

■ **Literatur** im AStA erhältlich bzw. einsehbar und Informationen unter www.abs-bund.de



KEIN RUHIGES HINTERLAND



Unter diesem Motto mobilisiert der AStA FU zusammen mit gewerkschaftlichen und studentischen Gruppen aus Berlin und Brandenburg zu den Protesten gegen den EU-BildungsministerInnen Gipfel im norwegischen Bergen. Parallel zum Gipfel wird auch das von verschiedenen Basisinitiativen organisierte 2. european education forum (eef) in Bergen stattfinden.

Karten für den Bus aus Berlin kosten etwa 30 Euro. Der Bus fährt am 18.05. morgens los und wird voraussichtlich am 23.05 mittags wieder zurück sein.

Kontakt: bergen-bus@gmx.de

Mecklenburg-Vorpommern

- Derzeit bleiben die Landtagswahlen 2006 abzuwarten.

Niedersachsen

- Studienkontenmodell seit Semester 2004: Nach Überschreitung der Regelstudienzeit um 4 Semester werden 500 Euro zum Aufladen des Kontos berechnet.
- Die aber sichergestellt werden, dass ein Darlehenssystem existiert und die Gelder den Hochschulen zugute kämen.

Nordrhein-Westfalen

- Studienkontenmodell seit dem Semester 2004: Nach Überschreitung der 1,5 fachen Regelstudienzeit werden 650 Euro zum Aufladen des Studienkontos berechnet (zahlreiche Ausnahmeregelungen).
- Die Einführung allgemeiner Studiengebühren ist unter anderem abhängig von dem Ausgang der Landtagswahl im Mai 2005.

Rheinland-Pfalz

- Studienkontenmodell seit Semester 2004/2005: Nach Überschreitung der 1,75 fachen Regelstudienzeit werden (auch rückwirkend!) 650 Euro pro Semester berechnet.
- Bei Ei Länderkinderregelung vor »Gebührenflüchtlingen« geschützt werden (s. Hamburg).

Saarland

- Langzeitstudiengebühren seit Semester 2003/2004: bei Überschreitung der Regelstudienzeit um mehr als 4 Semester in Höhe von 500 Euro pro Semester (Ausnahmen möglich)
- Die Einführung allgemeiner Studiengebühren ist im Landeshochschulgesetz vorgesehen, gewartet wird auf die Implementierung eines Stipendien- und Darlehenssystems.

Sachsen

- Zweitstudiumsgebühren (306,78 Euro pro Semester, Ausnahmen möglich).
- Nach Überschreitung der Regelstudienzeit um 4 Semester Zwangsexmatrikulation.
- Einführung allgemeiner Studiengebühren ist noch unklar.

sachsen-Anhalt

- Langzeitstudiengebühren nach Überschreitung der Regelstudienzeit um 4 Semester (500 Euro pro Semester).
- Derzeit keine konkreten Pläne zur Einführung von Studiengebühren.

Schleswig-Holstein

- Derzeit keinerlei Studiengebühren, die weitere Entwicklung ist abhängig von der noch laufenden Regierungsbildung.

Thüringen

- Langzeitstudiengebühren seit dem Semester 2004/2005 (500Euro pro Semester) bei Überschreitung der Regelstudienzeit um 4 Semester.
- In der laufenden Legislaturperiode (bis 2009) keine Pläne zur Einführung von Studiengebühren.

AusländerInnenberatung

Telefon: 839 091-17
Mi 13⁰⁰-17⁰⁰

Sozialberatung

Telefon: 839 091-13
Di 11⁰⁰-16⁰⁰
E-Mail: sozialberatung@astafu.de

**Schwulen-, Bisexuellen-
und Transgenderberatung**

Telefon: 839 091-18 (Anrufbeantworter vorh.)
Fr 13⁰⁰-17⁰⁰
Online: <http://www.gaycampus.de/beratung.html>
E-Mail: schwulenberatung@gaycampus.de

BAföG-Beratung

Telefon: 839 091-12
Termin nach Absprache

Behindertenberatung

Telefon: 838 56 203
Fax: 838 56 354
Do 12⁰⁰-17⁰⁰
Raum K 29/202 (Rostlaube), Habelschwerdter Allee
45, 14195 Berlin, Aufzug gg.über Hörsaal 1
E-Mail: behindertenberatung@astafu.de

Hochschulberatung

Telefon: 839 091-13
Di 11⁰⁰-16⁰⁰
E-Mail: hochschulberatung@astafu.de

ES EMPFIEHLT SICH, IM ASTA-BÜRO (TEL.: 839 091-0, MO-FR 10⁰⁰-18⁰⁰ UHR) ANZURUFEN UND DIE AKTUELLEN TERMINE ZU ERFRAGEN.

ASTA-BERATUNGEN

Frauenberatung

Telefon: 839 091-23
Di 11⁰⁰-13⁰⁰

**Lesbisch-feministische
Information und Service (LIS)**

Telefon: 839 091-22
Di 14⁰⁰-16⁰⁰

Rechtsberatung

Telefon: 839 091-0
Fr 16⁰⁰-18⁰⁰
Keine telefonische Beratung, keine MieterInnen-
beratung. Vorherige telefonische oder persönliche
Anmeldung im AstA erforderlich.

Soweit nicht anders angegeben, finden alle Beratungen in der AstA-Villa, Otto-von-Simson-Str. 23 (gegenüber Mensa II in der Silberlaube) statt.

Der Semesterkalender für Berlin und Potsdam.

Erhältlich im AstA und bei deiner FSU!



Herausgegeben vom
ASTA FU, RefRat HU und AstA Uni Potsdam